

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BA-SSW/Z004(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Betriebsausschuss SSW	Freitag,  05.10.2007	APH "Olvenstedt", J.- Göderitz-Str. 83	13:00Uhr	14:15Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung des Protokolls der Sitzung 025/07 des BA SSW vom 18.07.2007
- 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung 026/07 des BA SSW vom 12.09.2007
- 4 Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen Seniorenwohn- und -pflegeheime und damit verbundene Organisations- und Rechtsformveränderungen  
Vorlage: DS0128/07
- 5 Sonstiges

Anwesend:

Siehe Anwesenheitsliste

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird von der Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt und mit

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

bestätigt.

### 2. Bestätigung des Protokolls der Sitzung 025/07 des BA SSW vom 18.07.2007

---

Weil Aufträge aus dem Protokoll der Sitzung 025/07 vom 18.07.2007 nicht erfüllt waren, wurde diesem Protokoll auf der Sitzung 026/07 vom 12.09.2007 keine Zustimmung erteilt.

Die zugesagten Informationen wurden in der Zwischenzeit gegeben bzw. ergänzende Unterlagen mit der Einladung verschickt.

Frau Bröcker stellt das Protokoll der Sitzung 025/07 erneut zur Abstimmung. Dieses wird mit

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

angenommen.

### 3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung 026/07 des BA SSW vom 12.09.2007

---

Herr Rink hat zum Protokoll der Sitzung 026/07 eine Nachfrage. Auf der Seite 4 heißt es im Absatz 6 „... ver.di legt bis zum Freitag, den 14.09.2007 einen Entwurf eines Personalüberleitungsvertrages vor ...“. Liegt ein solcher Entwurf vor?

Frau Bröcker verneint diese Anfrage. Herrn Rink ist bekannt, dass auch die geplante Informationsveranstaltung am 24.09.2007 nicht stattgefunden hat und er äußert seine Bedenken.

Frau Bröcker informiert, dass die Terminabsage für die Tarifverhandlungen am 24.09.2007 von ver.di erfolgt ist.

Weitere Nachfragen zum Protokoll der letzten Sitzung gibt es nicht. In der Abstimmung wird diesem Protokoll mit

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Zustimmung erteilt.

4. Zukünftige strategische Ausrichtung der städtischen Seniorenwohn- und -pflegeheime und damit verbundene Organisations- und Rechtsformveränderungen  
Vorlage: DS0128/07
- 

Herr Dr. Brakmann führt in 2. Lesung in die Drucksache zum Rechtsformwechsel der Alten- und Pflegeheime ein. Er informiert darüber, dass alle beim jetzigen Eigenbetrieb beschäftigten Mitarbeiter in diese gemeinnützige städtische Gesellschaft übertreten sollen. In die angedachten Servicegesellschaften sollen keine bisher beim EB SSW Beschäftigten eintreten.

Vorteilhaft wäre es für die künftige GmbH „Wohnen und Pflege Magdeburg“ sich einen privaten Dienstleister hinzuzuziehen, um leistungsfähiger zu sein.

Eine GmbH bietet die Möglichkeit, wirtschaftlicher zu arbeiten, weitere kostensenkende Faktoren sind darüber hinaus umzusetzen.

Ergänzend äußert sich Herr Goldmann von der Fa. bbvl, er erläutert die von Herrn Pfeifer verteilten Unterlagen. Die seiner Firma erteilten Aufträge

- Darstellung verschiedener Szenarien
- Betrachtung anderer Eigenbetriebe – Beispiel Leipzig
- Organisationsform von Pflegeeinrichtungen vergleichbarer Städte betrachten

wurden umgesetzt und die Auswertung vorgelegt.

In der Regel werden in vergleichbaren Städten die Pflegeheime nicht in Form kommunaler Eigenbetriebe geführt, sondern in privater Organisationsform. Kostenstrukturen liegen in den alten Bundesländern genau wie hier. Ausnahmen gibt es nur bei stetiger extrem hoher Auslastung. Für den EB SSW würden selbst 100 %ige Auslastung im Hinblick auf anstehende Tarifsteigerungen nicht ausreichend sein.

Herr Heinemann hat sich über's Internet informiert und erfahren, dass Pflegeheime in Hannover sehr gut dastehen.

Herr Rink bittet um Erläuterung, was zu tun ist, um den „Negativfaktor“ Seniorenwohnanlage Leipziger Straße ins Positive zu verändern. Herr Pfeifer verweist auf die durchzuführenden Teilwertabschreibungen auf das Anlagevermögen.

Herr Dr. Brakmann betont noch einmal, dass ein ständiger Vergleich zwischen Einnahmen und Ausgaben stattfinden muss und Personalkosten, Verträge und Auslastung ständig im Blick zu behalten sind.

Frau Huhn nimmt Bezug auf die unterschiedlichen Ausarbeitungen der bbvl und stellt fest: Wir wollen die gemeinnützige GmbH unter städtischer Leitung. Ein Personalüberleitungsvertrag muss ausgehandelt werden und die tarifvertragliche Entwicklung soll dargestellt werden. Die Ausschussmitglieder wollen diesen Prozess begleiten, leider fehlt das ver.di-Angebot, um hier entscheiden zu können.

Frau Bröcker verweist noch einmal darauf, dass es nach Aussagen von ver.di keine analogen Verhandlungsmöglichkeiten für die Pflegeheime wie beim Krankenhaus gibt.

Durch Frau Frömert wird der Diskussionsbeitrag von Frau Huhn unterstützt.

Da es sich bei den Kostenfaktoren hauptsächlich um die Personalkosten handelt fragt sie, ob unser Personal zu teuer ist. Das Ziel der Stadt sei es jedoch, Pflege in hoher Qualität anzubieten, damit haben auch die Mitarbeiter Anspruch auf eine adäquate Bezahlung.

Bei der Mitarbeiterbetrachtung sollte auch die Leitungsstruktur nicht ausgespart bleiben.

Frau Frömert bedauert, dass es bisher nicht zu den Verhandlungen mit ver.di gekommen ist und bittet die Mitarbeitervertreterin, dazu etwas zu sagen. Vielleicht könnte auch von den Mitarbeitern ein entsprechendes Angebot unterbreitet werden.

Die Entscheidung zum Kauf der Einrichtung „Am Luisengarten“ ist bewusst getroffen worden, um Angebote entsprechend des Bedarfs zu erweitern und auch, um junge, motivierte Mitarbeiter einstellen zu können.

Frau Paqué möchte wissen, was es für Alternativen zur gGmbH gibt, was Veränderungen von Leitungsstrukturen bringen würden. Sie bittet die Beschäftigtenvertreterin, etwas über Tarifverhandlungen zu sagen.

Frau Ludwicki weiß nicht, wieso am 24.09.2007 die geplanten Treffen nicht stattfanden. Sie hat per e-mail von der Absage des Termins erfahren. Aussage von ver.di war: „Wenn man mit uns nicht reden will, dann lässt man es“.

Herr Pfeifer ergänzt, dass die vereinbarten Zuarbeiten von ver.di nicht termingerecht vorlagen, deshalb die Informationsveranstaltung abgesagt wurde, nicht aber die Tarifverhandlungen. Über den KAV wurde informiert, dass ver.di im Gegenzug die Tarifverhandlungen abgesagt hat.

Frau Bröcker erinnert, dass im Juni 2007 mit Tarifverhandlungen begonnen wurde, dass sich beide Seiten über die Beibehaltung der reduzierten Arbeitszeit auf 38,5 h/Woche einig waren, diesem Ergebnis durch die Gewerkschaftsmitglieder nicht zugestimmt wurde. Neu wurde dazu immer noch nicht verhandelt. Drei Monate hat es hier keine Resonanz gegeben.

Herr Dr. Brakmann betont, dass Tarifverhandlungen und Rechtsformwechsel unterschiedliche Dinge sind, die nicht vermischt werden dürfen. Er informiert weiterhin über formale rechtliche Vorschriften zum Rechtsformwechsel, wie Information der Beschäftigten, Überleitung nach § 613a BGB, Abschluss eines Haustarifvertrages, Prüfen von Organisations- und Leitungsstrukturen.

Frau Ludwicki informiert die Anwesenden, dass sie von ver.di den Auftrag hat, Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren. Sie äußert, dass die Mitarbeiter auch bereit seien, Verzicht zu üben, aber es wird nicht aufgezeigt, was sich in der neuen Rechtsform verändert.

Herr Dr. Brakmann wendet sich an die Beschäftigtenvertretung und bittet um Vorschläge, was sich ändern sollte. Er nimmt diese gern entgegen.

Frau Ludwicki schlägt vor, einzelnen Betriebsteile zu beleuchten, sechs sind gut – einer nicht; dieses müsste der Ansatzpunkt sein.

Auch Frau Paqué hat Feedbacks aus den Häusern bekommen, dass die Mitarbeitergespräche konstruktiver geführt werden müssten. Sie unterstützt die Variante, sich von der Seniorenwohnanlage zu trennen.

Herr Pfeifer erläutert sein Vorgehen bezüglich der Mitarbeiterinformation und die Inhalte, die er erläutert hat.

Die Anfrage kommt von Frau Huhn, ob es hilfreich wäre, wenn die Drucksache verhandelt wird festzuschreiben, dass der Betrieb kommunal bleibt und Beschäftigungsverhältnisse für einen noch zu benennenden Zeitraum garantiert werden.

Frau Bröcker stellt fest, nur wenn Klarheit besteht, wozu ver.di bereit ist, könnten solche Festlegungen getroffen werden. Bisher fehlt diese Klarheit völlig. Somit ist für den Stadtrat das Risiko nicht abschätzbar. Solch ein Bekenntnis ist problematisch, da es nicht aus Tarifverhandlungen heraus vorliegt.

Herr Dr. Brakmann sieht die Möglichkeit, diese Dinge noch in die Tarifverhandlungen einzubringen.

Dieser Vorschlag wird auch von Herrn Ansorge unterstützt. Er bringt zum Ausdruck, dass der Rechtsformwandel unterstützt wird, offene Gespräche zum Personal, Strukturen zur Bezahlung der Mitarbeiter geführt werden müssen. Wichtig ist es, eine unternehmerische Konzeption zu erstellen.

Herr Ansorge bringt den Antrag ein, den Punkt 8 der Drucksache zu ersetzen mit den Worten: „Die Stelle des Geschäftsführers der gGmbH wird ausgeschrieben“. Vertragliche Regelungen müssten dann entsprechend ausgehandelt werden.

Frau Huhn gibt zu bedenken, dabei auch finanzielle Risiken zu prüfen.

Nach kurzer Diskussion wird dieser Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt mit dem Ergebnis:

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Im Abschluss wird über die Drucksache abgestimmt und mit

8 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

auf den Weg gebracht.

## 5. Sonstiges

---

Es gibt keinen weiteren Informationsbedarf.

Frau Bröcker bedankt sich bei den Anwesenden und beendet um 14.15 Uhr die Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Bröcker  
Vorsitzende/r

Schäfer  
Schriftführer/in